

Danziger Zeitung.

Nr. 18361.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Reiterhagengasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3.50 Mk., durch die Post bezogen 3.75 Mk. — Inserate kosten für die sieben-gespaltene gewöhnliche Schriftzeile oder deren Raum 20 Pfg. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1890.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Grenoble, 27. Juni. (Privattelegramm.) Der Erzherzog Comand aus Concellin bestieg gestern mit mehreren höheren Geistlichen die Spitze des Belledonne, wobei er 400 Meter herabstürzte, getödtet und entsehrlich verstümmelt wurde.

London, 27. Juni. (Privattelegramm.) Die Regierung hat die Schanksteuerbill zurückgezogen.

Genua, 27. Juni. (Privattelegramm.) Die gestern an der Mailänder Börse ausgeprengten Gerüchte, daß hier Cholerafälle vorgekommen seien, sind unbegründet.

Politische Uebersicht.

Danzig, 27. Juni.

Aus dem Reichstage.

Die Ernennung seines Fraktions-Genossen Dr. Miquel zum preussischen Finanzminister scheint für Herrn v. Bennigsen ein Sporn mehr gewesen zu sein, die freisinnigen Redner zur Militärvorlage, die Herren Richter und Richter, zum Gegenstand einer heftigen Kritik zu machen. Hierfür näher einzugehen, ist um so überflüssiger, als Herr v. Bennigsen im zweiten Theile seiner gestrigen Rede die Militärverwaltung, obgleich er dieselbe als gewissermaßen unfehlbar darstellte, darauf aufmerksam machte, daß die zweijährige Dienstzeit eine „unerhört populäre Sache“ sei nicht nur in den unteren Schichten der Bevölkerung — darauf scheint der Herr Oberpräsident wenig Werth zu legen, — sondern auch in den mittleren Klassen. Nichtsdestoweniger insinuirte Herr v. Bennigsen, die Freisinnigen machten von der gesetzlichen Einführung der zweijährigen Dienstzeit die Annahme des Gesetzes nur im Vertrauen darauf abhängig, daß das Centrum die Annahme derselben garantire. Entweder ist die Forderung der zweijährigen Dienstzeit in hohem Grade populär und dann braucht die freisinnige Partei die Kraftprobe der Neuwahlen nicht zu fürchten; oder der Ausgang der Neuwahlen würde zweifelhaft sein, wie kommt dann Herr v. Bennigsen dazu, die Militärverwaltung durch populäre Gespenster zu beunruhigen? Für die Freisinnigen handelt es sich nicht um taktische Manöver, sie wollen, wie der Abg. Hünze treffend ausführte, bei dem ersten Schritt zu einer in ihren Zielen unübersehbaren Umgestaltung der Armee einmal für allemal feststellen, daß diese Pläne ohne die gesetzliche Ermächtigung der Dienstzeit und die jährliche Bewilligung der Friedenspräsenzstärke unausführbar sind. Die von dem Reichskanzler in Aussicht gestellte Vermehrung der Dispositionsurlaubur um etwas über 5 Procent ist kein Aequivalent für die in Aussicht stehende enorme Mehrbelastung der Nation. Herr Hünze sprach im übrigen für die zweijährige Dienstzeit auf Grund seiner langjährigen Erfahrungen als activer Offizier. Einen Augenblick schien es, als ob der Kriegsminister, der nach der Hünze'schen Rede das Wort verlangte, die Ausführungen desselben von Grund aus widerlegen würde, um Erstausen des Hauses aber beschränkte General v. Derb. sich auf einige Bemerkungen.

Den Abschluß der dreitägigen Debatte bildete die Rede des freiconservativen Hrn. v. Kardorff, daß mit derselben der Verhandlung nicht gerade ein würdiges Ende bereitet ist, werden vielleicht selbst die Freunde des Redners einräumen, der, um überhaupt seine Gedanken an den Mann zu bringen, sich vom Grafen Wirbach das Wort abtreten ließ. Gegen die zweijährige Dienstzeit wußte Herr v. Kardorff jedoch nichts beizubringen, als daß die militärischen Autoritäten, mit denen er sich über diese Frage unterhalten habe, in der gesetzlichen Verkürzung der Dienstzeit eine Verschlechterung der Armee erblickt hätten. Gleichwohl bemühte er sich, den Eindruck des Bennigsen'schen Wortes, daß die zweijährige Dienstzeit unerhört populär sei, durch die Behauptung abzuschwächen, das Volk verstehe unter zweijähriger Dienstzeit nicht eine Abkürzung der Dienstzeit als solche, sondern die Verminderung der Armee um ein Drittel. Es mag ja sein, daß es in dem Wahlkreise des Hrn. v. Kardorff Leute giebt, die sich mit dergleichen Unsinn tragen. Im übrigen wird die Verkürzung, daß das Volk unter der Ermäßigung der Dienstzeit von 3 auf 2 Jahre etwas anderes verstehe, wenig Glauben finden. Was die Verkürzung der Dienstzeit thatsächlich für jeden Dienstpflichtigen und dessen Familie bedeutet, ist so handgreiflich, daß die Verlegenheitsausreden des Hrn. v. Kardorff daran nichts ändern werden.

Bedenklicher noch waren die Ausführungen Kardorff's über die angebliche Aenderung, welche in der Stimmung der Freisinnigen gegenüber der Vorlage hervorgetreten sein solle. Hr. v. Kardorff berief sich sogar auf die Ansicht seiner Freunde dafür, daß Richter sich früher in der Commission so ausgesprochen habe, als werde er auch ohne Compensationen der Vorlage zustimmen. Was die Ansicht des Hrn. v. Kardorff in dieser Sache bedeuten soll, ist nicht recht verständlich. Ueber die Verhandlungen in der Militärcommission haben ja die Blätter aller Parteien eingehend berichtet; aber Herrn v. Kardorff dürfte es schwer werden, einen Bericht ausfindig zu machen, wonach Herr Richter die Frage der Compensationen für gleichgiltig erklärt hätte. Wenn er sich darauf beruft, Herr Richter habe irgendwo einmal gesagt, die Zustimmung zu der Vorlage würde ihm schon leichter werden, wenn sein Antrag auf Feststellung der jährlichen Friedenspräsenz im Etat angenommen würde, so beweist diese Aeußerung — die Richtigkeit derselben vorausgesetzt — genau

das Gegentheil von dem, was Herr v. Kardorff behauptet, nämlich, daß Herr Richter die Annahme der Vorlage ohne Compensationen für unmöglich erklärt hat. Wenn Herr v. Kardorff wenigstens noch hätte nachweisen können, daß in der freisinnigen Partei Meinungsverschiedenheiten über das Maß der Compensationen bestanden hätten, so würde er vielleicht dem Vorwurf frivoler Verdächtigung entgehen; anders wenigstens ließe sich der Versuch des Herrn v. Kardorff nicht wohl bezeichnen, daß Herr Richter, indem er die Vorlage ohne jede Compensation ablehnt, nicht seiner Ueberzeugung, sondern der Preisung eines Parteigenossen nachgegeben habe. Daß die Mittheilungen des Kriegsministers in der Militärcommission, welche sich auf die in Aussicht genommene Durchführung des sog. Scharnhorff'schen Gedankens bezogen und die gegenwärtige Vorlage als den ersten Schritt in dieser Richtung bezeichnen, den Gedanken an die Möglichkeit einer Verständigung bei allen Mitgliedern der freisinnigen Partei in den Hintergrund gedrängt haben, kann Herr v. Kardorff, wenn er will, in Abrede stellen; daß in der That die Sache sich so verhält, hat der Reichskanzler selbst zugegeben in dem Augenblick, wo er in der Militärcommission den Versuch machte, die Zukunftspläne des Kriegsministers für vage Ideen zu erklären. Daß der Reichskanzler mit dieser Taktik nicht bei den Freisinnigen, wohl aber bei dem Centrum Erfolg gehabt hat, daran zweifelt niemand, der den Verlauf der Verhandlungen aufmerksam verfolgt hat.

Auf die Wähler werden die Tiraden des Hrn. v. Kardorff, welchem seitens des Abg. Richter in persönlichen Bemerkungen sofort die gebührende Abfertigung in schlagendster Weise zu Theil wurde, keinen Einfluß ausüben, selbst wenn er mit der ganzen ihm eigenen Geschwatzhaftigkeit den Freisinnigen Piepmeyer vorwirft, weil sie bei den Wahlen sich bemüht haben, den Wählern die Verderblichkeit der sogenannten nationalen Wirtschaftspolitik begreiflich zu machen. Daß Herr v. Kardorff die Haltung des Centrums und der Polen für vornehmer bezeichnet als diejenige der Freisinnigen, kann man ihm von seinem Standpunkte aus um so weniger verdenken, als man an der Hand der gestrigen Abstimmung siffermäßig nachweisen kann, daß die Vorlage ohne die Hilfe des Herrn Windthorst mit großer Majorität abgelehnt worden wäre. Angesichts der sehr durchsichtigen Taktik, welche Herr Windthorst in dieser Frage an den Tag gelegt hat, dürfte über das Lob der Bornehmheit niemand mehr überrascht sein, als Herr Windthorst selbst. Ob das Centrum außer dem Lobe des Herrn v. Kardorff auch den Lohn erhalten wird, auf den Herr Windthorst zu rechnen scheint, kann man ja in Ruhe abwarten. Vor der Hand möchten wir daran zweifeln.

Rnappschaffs-Berufsgenossenschaft.

Aus dem Verwaltungsbericht der Rnappschaffs-Berufsgenossenschaft für das Jahr 1889 entnimmt der „Reichsanz.“ Folgendes:
Die in 1886 Betrieben versicherten 375 410 Personen hatten einen anrechnungsfähigen Arbeitsverdienst von zusammen 310 114 152.80 Mk., d. i. auf 1 Arbeiter im Durchschnitt 826.07 Mk. pro Jahr. Bei den Schiedsgerichten schwebten 1566 Berufungen, von denen 1375 erledigt wurden und 191 auf das Jahr 1890 übergingen. Das Reichs-Versicherungsamt hat im Berichtsjahre über 283 Recurse entschieden; 51 derselben waren vom Genossenschaftsvorstande und 232 von den Verlehten bezw. deren Hinterbliebenen eingelegt. Es sind nur 3 Ordnungsstrafen im Gesamtbelauf von 40 Mk. verfügt worden. Die Gesamtumlage befreit sich auf 5 055 580.58 Mk. Der Reservefonds stellt sich am Schluß des Jahres auf die beträchtliche Summe von 9 296 997.39 Mk. Die sämtlichen Verwaltungskosten, einschließlich Kosten der Unfalluntersuchungen und der Feststellung der Entschädigungen, aller Schiedsgerichtskosten und Unfallverhütungskosten betrugen im ganzen 295 277.38 Mk. oder 5.8 % der Umlage.

Da sich dieser Procentfuß nur auf die einmalige Jahresausgabe ohne Berücksichtigung von Kapitalbedeckung berechnet, so müssen die Verwaltungskosten als ganz minimale bezeichnet werden. An Unfallentschädigungen wurden gezahlt 2 378 700.93 Mk. Zur Anzeige gelangten 27 038 Unfälle, d. i. 72 auf 1000 versicherte Personen. Hiervon waren 3163 = 8.4 % entschädigungspflichtig. In letzteren sind 816 Unfälle oder 2.2 auf 1000 versicherte Personen mit tödlichem Ausgang enthalten.

Rußland und der deutsch-englische Vertrag.

Der Eindruck, den das deutsch-englische Uebereinkommen in der öffentlichen Meinung Rußlands hervorrief, war derjenige der Ueberraschung, und zwar, wie sofort festgestellt sein mag, nicht gerade einer angenehmen. Man kann in Rußland nicht recht begreifen, wie die englische Regierung sich zur Abtretung Helgoland an Deutschland entschließen konnte. So wenig man die bedeutenden Vortheile verkennen, welche England durch die deutschen Zugeständnisse in Afrika errang, kann man doch andererseits nicht umhin, in der erwähnten Cession eine moralische Einbuße Englands und eine Schmälerung seines nationalen Ansehens zu erblicken, während sie selbstverständlich auf dem Conto Deutschlands als bedeutender moralischer Erfolg erscheint. Man betont, bei dem deutsch-englischen Uebereinkommen sei nichts so in die Augen springend, wie die Thatsache, daß die „Königin der Meere“, welche wohl kaum je ein Stück des in ihrem Besitz befindlichen Bodens anderen überlassen hat, sich, um zu einer Verständigung mit Deutschland zu gelangen, gezwungen sah, diesem Staate, der ein Neuling auf colonialpolitischem Gebiete genannt werden kann, eine unter englischer Flagge stehende und überdies in europäischen Gewässern

gelegene Insel abzutreten. Manche russische Kreise üben selbst an dem materiellen Gewinne, mit welchem England aus seinen Abmachungen mit Deutschland hervorgeht, skeptische Kritik, indem sie betonen, daß das England in Afrika überlassene Gebiet angesichts der Erfahrungen, welche europäische Staaten mit territorialen Eroberungen im dunklen Erdtheil in den letzten Jahren machten, bis auf weiteres als eine Erwerbung von zweifelhaftem Werth angesehen werden müsse. Diese Auffassung entpringt, schreibt man dazu der „Pol. Corr.“ aus Petersburg, lediglich dem Unmuth über den moralischen Triumph, welchen die Erwerbung Helgoland für Deutschland bedeutet.

In diesem Gefühle des Unmuths ist überhaupt die wahre Quelle der abfälligen Beurtheilung zu suchen, welche das deutsch-englische Uebereinkommen in Rußland erfährt. Würden die Russen ihre eigenen Interessen nicht durch diese Convention irgendwie mittelbar getroffen fühlen, wegen einer moralischen Niederlage Englands würden sie sich gewiß nicht ereifern. Bestenfalls würde man in Rußland ein derartiges Ereigniß mit vollständiger Gleichgiltigkeit aufnehmen. Wenn nun die öffentliche Meinung Rußlands dem Uebereinkommen so lebhaft Aufmerksamkeit schenkt und dasselbe zum Gegenstande einer nicht ganz leidenschaftlosen Erörterung macht, die immer wieder auf die in der Abtretung Helgoland gelegene moralische Niederlage Englands zurückkommt, so kann dies wohl nicht aus Arroganz über diese Thatsache geschehen, sondern muß in einer Verletzung des Selbstgefühls der Russen ihren Ursprung haben. Thatsächlich sind nun die Russen über das erwähnte Uebereinkommen aus folgenden Gründen verstimmt:

Zunächst weil durch die Abtretung Helgoland an Deutschland nicht nur letzteres einen Stützpunkt für den Schutz seiner Küsten gewinnt, sondern weil gleichzeitig auch für eine eventuelle Ausfahrt der russischen Flotte aus der Ostsee ein neues Hinderniß geschaffen wird, so daß der Spielraum Rußlands sich an diesem Punkte immer mehr verengt. Des weiteren kann eine neuerliche Zunahme des Ansehens eines so bedeutenden und mächtigen Rivalen, wie Deutschland, in Rußland nicht eben besondere Genugthuung wecken. Schließlich ist die enge Annäherung zwischen Deutschland und England, wie sie durch das Uebereinkommen nothwendigerweise bewirkt wird, ebenfalls nicht darnach angethan, in Rußland mit Gefühlen der Befriedigung wahrgenommen zu werden. Die Vermuthung, daß zwischen den beiden Staaten ein intimes Einvernehmen bestehe, hat durch den afrikanischen Ausgleich der beiden Mächte eine neue und festere Grundlage gewonnen. Man zieht die Frage in ernste Erwägung, ob das Uebereinkommen nicht das Vorbild viel wichtiger Vereinbarungen zwischen Berlin und London bilde. In dem Umstande, daß Deutschland in Afrika bedeutende territoriale Zugeständnisse an England gemacht hat, die von der englischen Presse mit Jubel aufgenommen und von den (einigen) deutschen Colonialkreisen lebhaft beklagt werden, erblickt man ein Argument für diese Annahme, indem man meint, daß die deutsche Regierung sich mit Rücksicht auf künftige, vielleicht schon im Zuge befindliche Abmachungen zu derartigen Concessionen verstanden haben dürfte.

Jedenfalls wird das Interesse, welches das deutsch-englische Uebereinkommen in den politischen Kreisen St. Petersburgs findet, hauptsächlich durch die angeführten Erwägungen und durch die Untersuchung der Rückwirkungen verursacht, welche das Uebereinkommen auf die europäische Constellation und auf die Interessen Rußlands ausüben könnte.

Zur Sachsgängerei.

Man schreibt dem „Reichsanz.“ aus Breslau: „Trotzdem der für die Bevölkerung überaus günstige Winter und das frühzeitige Frühjahrs- weiter reichliche Gelegenheit zu lohnender Beschäftigung boten, zogen dennoch jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen im Frühjahr nach den westlichen Provinzen, insbesondere nach Sachsen, in noch größerem Umfange als in früheren Jahren, so daß diese sogenannte Sachsgängerei schon wie eine ansteckende Krankheit auf die Arbeiterbevölkerung einzuwirken scheint. Von den Landwirthen wird zwar mit um so größerer Besorgniß wahrgenommen, als dadurch der Arbeitermangel in einer besorgniserregenden Weise sich steigert und die Grundbesitzer nur minder geeignete Arbeiter bei höheren Löhnen erhalten können.“

Mord-Anschläge gegen den Zaren.

Es soll sich bestätigen, daß im Gatschina-Palast direct unter den vom Zaren bewohnten Gemächern eine Mine entdeckt worden sei. Es heißt, in amtlichen Kreisen herrsche ein wahrer Schrecken in Folge der Information, daß eine Anzahl Nihilisten, die bislang im Auslande eine Zuflucht gesucht, in der Hauptstadt anwesend sei. In Warschau wurden jüngst anlässlich einiger Verhaftungen Schriftstücke confiscirt, aus denen erhellt, daß der nihilistische Döllzugauschuss sich wieder gebildet hat, und daß der Nihilismus in Rußland wie im Auslande weit verneigt sei. Es sollen sogar einige Palastbeamten verhaftet worden sein. An allen Grenzen wird die strengste Wachsamkeit geübt.

Auch der, freilich nicht durch besondere Zuverlässigkeit sich auszeichnende Londoner „Truth“ wiederholt die Nachricht, daß der eilige Umzug des russischen Hofes von Gatschina nach Peterhof eine Folge davon war, daß in einem Keller des Schlosses von Gatschina, gerade unter den kaiser-

lichen Gemächern geheimnißvolle Ausgrabungen entdeckt wurden.

„Der Kaiser ist jetzt so furchtbar, daß er nur solche Speisen zu sich nimmt, die in einer Küche zubereitet worden sind, welche an seine Bibliothek stößt. Der Koch ist ein Franzose und arbeitet unter directer Aufsicht der Kaiserin, welche viel Zeit täglich mit der Zubereitung der Speisen für ihren Gemahl zubringt. Jede erdenkliche Vorsichtsmaßregel ist getroffen worden, um den Kaiser vor Vergiftung zu schützen. Seit einiger Zeit ist er auch keine Eier mehr, da jemand entdeckt hat, daß sich auf diese vergiften lassen, indem man mittelst einer Nähnadel ein Loch bohrt, ohne die Eierschale zu zerbrechen.“

Nach einer Meldung der „Post“ aus London soll in jüngster Zeit thatsächlich der Versuch gemacht worden sein, den Zaren durch mit Blausäure geimpfte Eier zu tödten, der Versuch sei nur dadurch mißglückt, weil die Kaiserin das Complot entdeckt.

Die Choleraepidemie.

Die letzten telegraphischen Nachrichten aus Valencia lauten befriedigend. Weber in Puebla de Rugat noch in Montichelvo haben am Mittwoch Erkrankungen stattgefunden. In Genoves kam eine Erkrankung, in Gambia kamen zwei Erkrankungen mit zwei Todesfällen vor. Trotz dieses günstigen Standes der Dinge trifft man jedoch auch in Frankreich Vorsichtsmaßregeln, indem Präsident Carnot gestern einen Geheimschreiben betreffend die Aufnahme eines Credits von 100 000 Frcs. zur Errichtung von Sanitätsstationen zur Abwehr der Cholera unterzeichnete.

Ministerjubiläum in Oesterreich.

Die Wiener Journale von gestern besprechen die zehnjährige Ministerthätigkeit des Finanzministers v. Dunajewski und des Ministers für Landesverteidigung Grafen Welfersheim und heben die außerordentliche Besserung der österreichischen Finanzen als Verdienst Dunajewski's hervor. Während der zehnjährigen Thätigkeit desselben seien fast 260 Millionen für Investitionen und exceptionelle Ausgaben verausgabt und Reformen auf fast allen ökonomischen Gebieten durchgeführt worden. Ferner sei ein Ueberschuß im Budget erzielt und die Herstellung der Baluta in Angriff genommen worden. Dunajewski sei es ferner zu verdanken, daß Oesterreich die schweren Ausgaben für militärische Zwecke zu tragen vermag. Graf Welfersheim habe die einheitliche Organisation der Landwehr durchgeführt, deren Mobilisierungsfähigkeit erhöht und es so erreicht, daß die Landwehr als ein Bestandtheil der Armee ins Feld rücken kann. Endlich sei der Landsturm während seiner Ministerthätigkeit ins Leben gerufen worden.

Handgemenge im römischen Stadthause.

Vorgestern hat im Stadthause von Rom der Sindaco die Demission des Gemeinde-Ausschusses angekündigt. Als Menotti Garibaldi ausrief, er werde unter allen Umständen auf seinem Posten verbleiben, entstand ein kolossaler Lärm; schließlich entwickelte sich dem „B. I.“ zufolge sogar ein Handgemenge zwischen den Anhängern beider Parteien. Die Polizei trennte die Streitenden und räumte den Saal unter Trompetensignalen. Vor dem Stadthause zerstreute Militär die Volksmenge. Das selbe Blatt meldet noch folgende Einzelheiten:

Nachdem der Bürgermeister unter dem Ausdruck der Entrüstung über das von der Regierung gegen die Würde Roms unternommene Attentat die Demission des Gemeinde-Ausschusses angekündigt hatte, donnerten mehrere Redner, darunter auch der Gemeinister Grimaldi, auf das heftigste gegen die Regierung, welche die Hauptstadt vergewaltigen und erniedrigen wolle. Die einzige Antwort der Stadtvertretung auf diese Beschränkung ihrer Autonomie könne nur ein Rücktritt in Masse sein. Diesen Worten folgte großer Beifall. Darauf erhob sich Menotti Garibaldi, dessen freiwilliges Eintreten für die Regierung einen wahren Orkan des Unwillens entfeffelt. Garibaldi, der stürmisch ausgepfiffen wurde, wollte sich bebend vor Wuth auf das Publikum stürzen, wurde aber noch mit Milde und Noth zurückgehalten. Gleichzeitig entstand unter Theilnahme mehrerer Gemeinderäthe in dem Saale eine furchterliche Balgerei, die noch gewürtzt wurde durch wildes Kampfschreien und gegenseitige Beschimpfungen der beiden Parteien. In diesem Augenblicke wirft Balallo, der Director des Blattes „Don Chicciotto“, einem Redacteur des „Capitan Fracassa“ ein Tintenfaß an den Kopf, was letzterer damit erwidert, daß er in wilder Wuth dem Gegner ebenfalls alle Tintenfüßer und Sandbläsen ins Gesicht schleudert, deren er habhaft werden kann. Balallo wird blutend und mit Tinte übergoßen hinausgeführt, während im Saale ein wahres Pandämonium um sich greift. Tintenfüßer und Sessel fliegen durch die Luft, und ein anderer Redacteur des „Don Chicciotto“ prügelt sich mit dem Herzog Sermoeia herum, wobei es tüchtige Kopfschläge sieht. Jetzt bringt die Gendarmerie unter Trompetenschmetter in den Saal; aber der Bürgermeister complimentirt sie nicht eben höflich wieder hinaus, und die Sitzung kann endlich bei allseitig abgeköhlter Temperatur gegen Mitternacht zu Ende gehen. Das Resultat war, wie bereits gesagt, die Demission des gesamten Gemeinderaths, so daß heute die Hauptstadt Italiens ohne Municipalvertretung ist. Das Capitol war übrigens den ganzen Abend hindurch von Gendarmerie und Militär cernirt gewesen.

Der „Popolo Romano“ schreibt: Jetzt, da nach dem Rücktritt des Gemeinderathes das Terrain frei sei, möge die Regierung sich mit Energie an die Lösung der römischen (Stadt-) Frage machen. Wenn der Geheimschreiben (betreffend die finanzielle Unterstützung des Municipiums von Rom durch den Staat, durch welchen allerdings als Gegenleistung die Stadt ihre Selbständigkeit fast aufgeben müßte, um einer Art Liberpräfector Platz zu machen) verbessert und gewisser Härten entkleidet sei, werde die Commune einer gedeihlichen Entwicklung entgegengehen. Auf alle Fälle sei für geraume Zeit die Leitung der Verwaltung durch einen königlichen Commissar nothwendig.

Die Zolltarifvorlage in der Union.

Wie aus Washington von gestern Telegraphie wird, enthält der Text der vom Finanzausschusse empfohlenen Zolltarifvorlage, die im Senate eingebracht wurde, zahlreiche Aenderungen. Der Zoll auf Phosphatartikel wird auf 5 Proc. der angelegten Erhöhung reducirt. Der Zoll auf Spiegelglas und Linsen sei nöthig zur Förderung der heimischen Industrie. Der Zoll auf Bausteine wird um 20 Proc. erhöht, um der Einfuhr des auswärtigen Granits zu steuern. Der Zoll auf Stahl- und Eisenspäne wird auf 11,20 Dollars per Tonne herabgesetzt. Aluminium wird mit einem Zoll von 20 Proc. belegt, der Kupferzoll wird wegen des großen Kupferexportes reducirt. Zucker bis Nummer 13 holländisch wird auf die Freiliste gesetzt und eine Exportprämie behufs Förderung der einheimischen Production vorgezogen. In Folge des Bedarfs der Wollindustriellen nach einem bedeutend erhöhten Zoll empfiehlt der Ausschuss eine neue Classification des Wollholles.

Reichstag.

27. Sitzung vom 26. Juni.

Die 2. Beratung der Militärvorlage wird fortgesetzt. Nach den Reden der Abg. Payer (Volkspartei), v. Bennigsen (nat.-lib.) und Hinz (freil.), über deren Reden bereits in den Telegrammen der heutigen Morgennummer der „D.Z.“ berichtet ist, nimmt das Wort der Kriegsminister v. Bötticher: Ich kann dem Vorredner nicht auf alle die Gebiete folgen, welche er in militärischer Beziehung berührt hat, um zu seinem Schlussresultat zu gelangen. In Beziehung auf die Schießausbildung möchte ich nur bemerken: übersehen wir nicht, daß die genügen, guten und besten Schützen sich nicht mit den Jahrgängen decken. Denn um ein guter Schütze zu werden, muß man zuerst eine gewisse Schießausbildung durchgemacht haben, man kann es auch im dritten Jahre erst werden. Was die Ausbildung im Feuergefecht betrifft, so war uns allerdings im Jahre 1870 die französische Armee durch ihr Geheiß überlegen. Wir wissen aber auch, daß diese Ueberlegenheit durch die kolossale Ueberlegenheit unserer Artillerie ausgeglichen worden ist. Wenn dann auch der Werth der moralischen und intellektuellen Ausbildung betont wurde und gesagt worden ist, auf die Form käme es weniger an, so erinnere ich den Vorredner an seine eigene Dienstzeit. Die gefechtsmäßige Ausbildung ist keine bloße Form, sondern erfordert in höchstem Maße die moralische und intellektuelle Entwicklung und Ausbildung des Mannes.

Abg. v. Kardorff (Reichsp.): Die zweijährige Dienstzeit ist allerdings im Lande populär, aber man versteht darunter im Lande die finanzielle Entlastung, wenn die Armee um 1/3 vermindert würde. Der freisinnige Antrag aber geht darauf aus, 26 000 Rekruten mehr einzustellen. Die wollen also das Land nicht bloß mit 20 Millionen belassen, welche die Vorlage uns auferlegt, sondern außerdem noch mit den 20 Mill., welche die Einführung der zweijährigen Dienstzeit kosten wird, das sind 40 Millionen. Die Nothwendigkeit einer Vermehrung der Präsenzstärke ist eigentlich nur von den Socialdemokraten bestritten worden, die anderen Herren haben die Nothwendigkeit dadurch zugegeben, daß sie die Annahme der Vorlage von der Annahme ihrer Anträge abhängig machen. Der Abg. Richter hat ursprünglich die Forderung aus ohne Compensation bewilligen wollen; wenn die Regierung nur die einjährige Budgetbewilligung gebe, würde ein großer Theil seiner Partei geneigt sein, der Vorlage zuzustimmen. Die Erklärungen des Kriegsministers in Bezug auf die Zukunftspläne haben die Wandlung in der Meinung der freisinnigen Partei nicht allein herbeigeführt, sondern es waren auch diejenigen Vorgänge, welche wir aus der freisinnigen Presse über die freisinnigen Fraktionsverhandlungen gehört haben. Vorher war eine Anzahl von Abgeordneten so mutig, dem Abgeordneten Richter gegenüber eine abweichende Meinung geltend zu machen. Das ist nun auf einmal vorbei. Die Socialdemokratie hat wieder auf die Befähigung des Volkes durch die Steuer auf nothwendige Lebensmittel hingewiesen. Dazu haben Sie kein Recht. Wenn die Maurer- und Zimmergelegenheiten striken, so werden die Wohnungsmiethen theurer, und wenn die Bergleute striken, so werden die Kohlen theurer. Freilich, die 27 Millionen deutscher Landwirthe sind die Hebel und Paria, um für die anderen zu arbeiten. (Hört links.) Im alten Rom (sagt man: Panem et Circenses! Diejenigen, welche heute um die Volkshausen buhlen, verpreisen auch billige Nahrungsmittel, mag die Landwirtschaft zu Grunde gehen, das ist Ihnen ganz gleichgültig. Hrn. Windthorst gegenüber ist das Wort Angstmelerei neu erfunden worden. (Zuruf: Ist alt!) Wir ist das Wort neu. Aber alt ist das Wort Piepmacierei. (Lachen links.) Die Piepmacierei hat bei den letzten Wahlen den Sieg davongetragen. Immer hat man gesammelt über unsere schlechte Lage und die hohen Steuern und dabei nicht erwähnt, daß England und Frankreich die doppelte und dreifache Steuerlast tragen. Für die Resolution 1 bis 3 werden wir stimmen, nicht aber für die Resolution 4, welche die zweijährige Dienstzeit fordert. Hierauf wird die Debatte geschlossen.

Abg. Richter: Ich bedauere es lebhaft, daß ich die unerhörte starke persönliche Provocation des Hrn. Abg. v. Kardorff nicht in ausführlicher Rede beantworten kann; ich muß mich jetzt darauf beschränken, zu erklären, daß der Hr. Abg. v. Kardorff, der Vorherrscher der Militärcommission, in Bezug auf meine Stellung zu dieser Vorlage vollständig unrichtig, mit den Thatsachen in schreiendem Widerspruch stehende Behauptungen hier aufgestellt hat. (Hört links.) Ich habe eben das Zeugnis aller drei Schriftführer von den verschiedenen Parteien angerufen, ich provocire auf das Gedächtnis aller übrigen Herren. Die sämtlichen Behauptungen des Hrn. v. Kardorff in Bezug auf meine Stellung zur Militärfrage sind völlig falsch. (Hört links.) Hr. v. Kardorff sagt, die Nothwendigkeit der Militärvorlage wäre nur von den Socialdemokraten bestritten, ich insbesondere wäre davon überzeugt gewesen. Wo habe ich und wann auch nur ein Wort davon mitgeteilt? Es ist nichts davon weder hier in den Acten, noch irgend einer der Herren, die ich selbst gefragt habe, weiß etwas davon. Herr v. Kardorff behauptet weiter, ich hätte gesagt, wenn die jährliche Bewilligung concedirt wäre, dann würde ein Theil meiner Freunde für die Vorlage stimmen. (Abg. v. Kardorff: geneigt sein!) Auch das ist absolut falsch. Ich weiß nicht, woher Herr v. Kardorff die Ermüdung nimmt, derartige falsche Behauptungen über Mitglieder der Commission hier in die Welt zu setzen. Es ist genau das Gegen-theil richtig. Ich halte es nicht für angemessen, dem Hrn. v. Kardorff in gleicher Weise über die Sinecizien von Fraktionsangelegenheiten hier zu antworten. Ich halte es unter meiner Würde, auf diese Dinge näher einzugehen. Ich halte es parlamentarisch nicht für zulässig, daß man derartige Dinge hier in die Debatte bringt, ohne den Schatten eines Beweises. Ich will Ihnen jetzt gegenwärtige Beweise liefern und überlasse das Urtheil über die Art des Vorgehens dem hohen Hause. Die Verhandlungen in der Fraktion haben am 9. Juni stattgefunden, bereits im Mai habe ich, und zwar sehr bald nach der ersten Rede des Hrn. Kriegsministers erklärt, daß diese Vorlage, angeht diese Zukunftsperspectiven, nicht ohne nothwendige Compensationen zu haben sei. Noch viel ablenkender habe ich mich unmittelbar nach den Ausführungen des Hrn. Staatssekretärs am 7. Juni ausgesprochen. Ich überlasse Ihnen das Urtheil über das Vorgehen des Hrn. v. Kardorff, Vorherrscher der Militärcommission, gegen ein Mitglied derselben.

Abg. v. Kardorff: Er haben den Eindruck gehabt, als wenn Hr. Richter anfangs der Vorlage freund-

licher gegenüber gestanden, als später. Hr. Richter habe in der Commission geäußert, daß, wenn die Regierung auf die jährliche Bewilligung einging, dies von großer Einwirkung auf einige Mitglieder seiner Fraktion sein werde. Er (Richter) berufe sich auf das Haus, daß er nachgewiesen, daß Hr. Richter früher innerlich für die Vorlage gewesen sei. (Große Heiterkeit.) Abg. Richter: Ich stelle nur fest, daß der Hr. Abg. v. Kardorff einen Rückzug macht. Er will jetzt gehört haben, ich hätte gesagt: wenn die Regierung auf die jährliche Bewilligung eingingen, würde das von großer Einwirkung sein. Das ist schon wieder ganz etwas anderes. Nehmen Sie „groß“ noch weg, sagen Sie „Einwirkung“, dann hat Hr. v. Kardorff sogar ganz Recht. Daß das aber etwas absolut anderes ist, als er vorher behauptet hat, ist gar keine Frage.

Referent Graf Stolberg beginnt sein Schlusswort mit der Bemerkung: Mein persönlicher Eindruck war, daß Herr Richter zuerst für die Vorlage stimmen wollte. (Zuruf: Das ist doch nicht Sache des Referenten!) Abg. Richter (zur Geschäftsordnung): Der Herr Referent hat eine Aeußerung über einen Streit zwischen Hrn. v. Kardorff und mir gemacht. Es möchte danach den Anschein haben, als wenn in der Commission darüber discutirt und abgestimmt worden wäre, ob die Hoffnung vorhanden wäre, daß der Abg. Richter für die Militärvorlage stimmen würde. Ich muß konstatiren, daß über diese wichtige Frage in der Commission weder discutirt, noch abgestimmt ist. Ich lege Protest dagegen ein, daß es das Amt eines Referenten sein soll, seine persönlichen Eindrücke in einem Streit, der hier im Hause sich entwickelt hat, zum Ausdruck zu bringen. (Sehr richtig! links.) Ich glaube, das Haus hat gar kein Interesse daran. Der Referent hat namens der Commission zu sprechen; seine persönlichen Eindrücke uns mitzuthellen, kann er sich ersparen. (Bravo! links.)

Präsident v. Levetzow hätte es auch lieber gesehen, wenn der Referent nicht näher auf die Frage eingegangen wäre, meint aber, daß jemand, der referirt, hauptsächlich persönliche Eindrücke wiedergeben pflegt. Ref. Graf Stolberg: Hr. Richter hat ausdrücklich provocirt auf Meinungen der Mitglieder der Commission, und dieser Provocation bin ich gefolgt.

Abg. Richter: Es handelt sich hier um einen sehr wichtigen Präcedenzfall (Heiterkeit), und ich möchte konstatiren, daß der Herr Präsident ausdrücklich erklärt hat, er hätte lieber gesehen, wenn der Herr Referent nicht darauf eingegangen wäre. Ich kann nur wiederholen — und ich berufe mich hier auf das Zeugnis der geschäftserfahrenen Mitglieder dieses Hauses —, daß man es bisher niemals als das Recht des Referenten gehalten hat, daß er persönliche Eindrücke kundgibt über Verhandlungen, die eben im Hause sich abgespielt haben, die niemals Gegenstand der Beratung in der Commission gewesen sind. Der Herr Referent sagt nun, ich hätte auf das Zeugnis der Mitglieder über die Aeußerungen, die ich gemacht hätte, provocirt. Ja, das ist etwas anderes. Der Hr. Referent war gar nicht in der Lage, Aeußerungen von mir anzuführen, er hat berichtet über seinen persönlichen Eindruck, und ich wiederhole: Das ist nicht seine Sache, seine persönlichen Eindrücke über das, was ich thun könnte, hier namens der Commission vorzutragen.

Hierauf wird der freisinnige Antrag betreffend die jährliche Festsetzung der Präsenzstärke gegen die Stimmen der Socialdemokraten, der Volkspartei, der Welsen, der Freisinnigen und einiger Mitglieder des Centrums abgelehnt.

§ 1 wird darauf in namentlicher Abstimmung mit 211 gegen 128 Stimmen angenommen. Der Abstimmung enthält sich Abg. v. Sake (Welse). Mit „Ja“ stimmen geschlossen die Conservativen, die Reichspartei, die Polen und die Nationalliberalen, vom Centrum die große Mehrheit, ferner die Wliberalen Thomsen, Wiser und Langerfeld. Mit „Nein“ stimmen die Socialdemokraten, die Volkspartei, die Freisinnigen, einige Welsen und vom Centrum 1 Badener (Hug) und 20 bairische Abgeordnete: Aichbichler, Biehl, Burlein, Sticher, Haberland, Kirchhammer, Cechner, Leonhard, Mayer-Landschut, Drieter, Bepold, Reichert-Baier, Schädler, Schädgen, Störz, Wagner, Weber, Menzel und Wilsperger.

Der freisinnige Antrag wegen Einführung der zweijährigen Dienstzeit wird darauf mit 205 gegen 134 St. abgelehnt. Die Minderheit setzt sich ebenso wie vorher zusammen, nur stimmen noch die wliberalen Abgg. Langerfeld, Thomsen und Wiser, ferner der Badener Marbe (Centr.) für den Antrag.

Von den Resolutionen wird die erste (Verwahrung gegen die Zukunftspläne) gegen die Stimmen der Socialdemokraten und der Conservativen, die zweite (einjährige Bewilligung) gegen die Stimmen der Socialdemokraten, der Nationalliberalen, der Reichspartei und der Conservativen mit 176 gegen 104 Stimmen, die dritte (Verlängerung der Rekrutenvacanz etc.) gegen die Stimmen der Socialdemokraten und Conservativen, die vierte (zweijährige Dienstzeit) gegen die Stimmen der Socialdemokraten, der Reichspartei und der Conservativen angenommen.

Die §§ 2-4 gelangen ohne Debatte zur Annahme. Damit ist die zweite Beratung der Militärvorlage erledigt.

Nächste Sitzung: Freitag.

Deutschland.

* Berlin, 26. Juni. Die Kaiserin Friedrich ist mit den Prinzessinnen-Löchtern Victoria und Margarethe heute Vormittag nach Bückeburg abgereist und um 3 1/4 Uhr auf dem Bahnhof in Hannover eingetroffen. Ein offizieller Empfang fand nicht statt. Auf dem Bahnhof war Prinz Adolf von Schaumburg-Lippe anwesend, welcher die Herrschaften auf der Weiterfahrt nach Bückeburg begleitete. Morgen Nachmittag wird von dort die Weiterreise nach Bilsingen erfolgen. Die Ankunft auf Windsor Castle wird am 28. d. M. erwartet. In England gedenkt, soweit bis jetzt bestimmt, die Kaiserin Friedrich einige Zeit zu bleiben und sich sodann zum Besuch an den griechischen Königshof nach Athen und später von da noch zu mehrwöchigem Aufenthalt nach der Insel Korfu zu begeben.

* [Wismann-Commerz.] Die Einladung zu dem (wie schon erwähnt) in Aussicht genommenen Wismann-Commerz des Reichstages ist von einem aus Mitgliedern der partei-conservativen Fraktion, der deutschen Reichspartei, der national-liberalen Fraktion und des Centrums bestehenden Comité ausgegangen. In diesem Comité sitzen Graf Arnim (deutsche Reichsp.), Graf Ballestrem (Centr.), Graf Behr (Reichsp.), Dr. v. Bennigsen (nat.-lib.), Frihen-Düffelsdorf (Centr.), Dr. Hamacher (nat.-lib.), Graf Soensbroeck (Centr.), Holtmann (nat.-lib.), v. Kardorff (deutsche Reichsp.), Graf Kleist-Schmenzin (conf.), v. Levetzow, Frhr. v. Mantuffel (conf.), Dr. v. Marquardsen (nat.-lib.), Graf Mirbach (conf.), Döckelhauser (nat.-lib.), Graf Stolberg (conf.), Wichmann (conf.) und Dr. Windthorst (Centr.). Die Einladung lautet: Die Unterzeichneten laden hierdurch die Mitglieder des Reichstages ein, sich an einem am Sonnabend, den 28. d. M., im Kaiserhof (Eingang von der Mauerstraße) stattfindenden Festcommerz zu Ehren des aus Afrika zurückgekehrten kaiserlichen Commissars Hrn. Majors v. Wichmann zu betheiligen. Der Commerz wird um 9 Uhr Abends seinen Anfang nehmen u. s. w.

* [Nachtragel.] Dem Reichstage wird der dritte Nachtgesetz zur Ausführung des Militärgegesetzes heute zugehen.

Sigmaringen, 26. Juni. Der Cultusminister v. Goltz begab sich gestern nach der Abtei Beuron und folgte einer Einladung des Erzbischofs Wolter zum Mittagessen mit den Benedictinern.

Krefeld, 26. Juni. Der Fürst von Waldeck und Primmont hat dem „Centralcomité zur Er-

richtung eines Nationaldenkmals für den Fürsten Bismarck in der Reichshauptstadt“ einen Beitrag von 300 Mk. überwiesen.

Köln, 26. Juni. Der Centralvorstand des Afrikavereins deutscher Katholiken hat für ein in Deutsch-Afrika zu errichtendes Missionshaus vorläufig eine Summe bis zu 100 000 Mark, ferner für die Bäter vom heiligen Geist in Bagamono 10 000 Mark und für die welschen Bäter von Algier 20 000 Mark angewiesen.

Wiesbaden, 26. Juni. Der Erbpriester von Meiningen ist heute Vormittag zum Gebrauche der Maßfackel bei Dr. Mehger hier eingetroffen.

München, 26. Juni. Freiherr v. Luz hat trotz häufiger Anwendung von Morphium in der vergangenen Nacht nur wenig Schlaf gehabt.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 26. Juni. Die „Wiener Zeitung“ veröffentlicht die Ernennung des bisherigen Statthalters von Ober-Oesterreich Grafen v. Merfeldt zum Statthalter von Tyrol und Vorarlberg unter Verleihung der Würde eines Geheimraths und des Hofraths Freiherrn v. Puthon von der Statthalterei in Innsbruck zum Statthalter von Ober-Oesterreich. (W. Z.)

Schweiz.

Bern, 26. Juni. Der Ständerath hat den Niederlassungsvertrag mit Deutschland einstimmig genehmigt. (W. Z.)

Frankreich.

Paris, 26. Juni. Nach den dem Ministerium zugegangenen genaueren Nachrichten sind bei dem Brande in Port de France 9 Straßen vollständig in Asche gelegt, in denen sich das Krankenhaus, das Post- und Telegraphengebäude, die Kathedrale, die Zolldirection und die Bibliothek befanden. Im ganzen sind gegen 1600 Gebäude niedergebrannt. (W. Z.)

Italien.

Rom, 26. Juni. Wie aus Savara (Provinz Gironde) gemeldet wird, kam es dort am Johannisfest zwischen etwa 3000 Arbeitern der dortigen Schwefelgrube, welche wegen der Lohnfrage und der Arbeitszeit die Arbeit eingestellt hatten, und der Polizei zu einem Handgemenge, bei welchem drei Gendarmen und ein Unterleutnant verwundet wurden. Die strikierenden Arbeiter steckten das Gebäude des Bürgerclubs in Brand. Etwa 50 Männer und Frauen wurden verhaftet. (W. Z.)

Rom, 26. Juni. Der Papst hielt heute Vormittag ein öffentliches Consistorium ab, in welchem er den neu ernannten Cardinalen Mermillo und Galetti den Cardinalshut überreichte. In einem sich daran anschließenden geheimen Consistorium hat der Papst unter anderen Prälaten den Weihbischof Ockel von Paderborn präconisirt. (W. Z.)

Spanien.

Madrid, 26. Juni. Der Ministerrath hat dem Antrage auf Einziehung der spanischen Gesandtschaft in der Schweiz zugestimmt. (W. Z.)

Am 28. Juni: Danzig, 27. Juni. M.-Abz. L. S.-A. 32, U. 8.33. M.-U. 1.2.

Wetterausichten für Sonnabend, 28. Juni, auf Grund der Berichte der deutschen Seewarte, und zwar für das nordöstliche Deutschland: Heißer, stark wolkig; angenehm, kühler Wind. Theils stark wolkig und stellenweise Regen. Im Süden schwül, Gewitter.

Für Sonntag, 29. Juni: Stark wolkig, vielfach bedeckt mit Regen, theils sonnig; ziemlich kühl. Sehr windig. Im Süden warm.

Für Montag, 30. Juni: Vielfach bedeckt, Regen; frischer bis starker, kühler Wind. Strichweise Gewitter, theils heiter.

Für Dienstag, 1. Juli: Wärmer, stark wolkig, vielfach bedeckt; etwas Regen, schwül, Gewitterluft, stellenweise Entladung, theils sonnig. Oft aufreißender Wind. Im Süden kühler.

* [Stadtraths-Tribunal.] Heute vor 25 Jahren wurde in öffentlicher Stadiverordnetenversammlung Herr Kaufmann Eduard Stobbe hier selbst als unbesoldeter Stadtrath eingeführt und verpflichtet. Herr Stobbe, bereits vier Mal wiedergewählt, hat während der verfloffenen 25 Jahre ununterbrochen dem Magistrats-Collegium angehört und mit Liebe und uneigennützigster Hingebung im Interesse der Stadt gewirkt. Das Magistrats-Collegium und die näheren Freunde des Jubilars vereinigen sich heute Abend zu dessen Ehren zu einem Souper.

* [Bezirks-Eisenbahnrat in Bromberg.] In der gestrigen Sitzung bilde die Entwurf des nächsten Winterfahrplans den Hauptgegenstand der Beratung. Auf den Hauptlinien des Directionsbezirks soll der am 1. d. M. eingeführte neue Fahrplan unverändert bleiben. Von dem Herrn Decernenten der königl. Eisenbahn-Direction wurde dabei hervorgehoben, daß den vielfachen Anträgen, die Schnellzüge an mehr Stationen halten zu lassen, nicht entsprochen werden könne, weil jeder einzelne Anhalt einen Verlust von mindestens 3 Minuten bedeute, die Fahrzeit der Züge aber nicht verlängert werden könne, ohne wichtige Anschlüsse im internationalen Verkehr zu gefährden. Für diejenigen Stationen, an welchen die Schnellzüge nicht halten, sei durchweg durch die Lage der Personenzüge der Uebergang der Reisenden und Postkassen auf die Schnellzüge und von denselben gesichert. — Auf den wichtigeren Nebenbahnen sind dagegen sehr erhebliche Aenderungen in Aussicht genommen, nachdem neuerdings genehmigt worden ist, auf den Nebenbahnen die Geschwindigkeit der Personenzüge von höchstens 30 auf 40 Kilom. pro Stunde zu erhöhen. Es sollen daher eine Anzahl gemischter Züge in reine Personenzüge umgewandelt und dadurch directe Zügeverbindungen hergestellt werden. Bei diesen, allerdings noch nicht vollständig abgeschlossenen Projecten kommen in Betracht die Strecken Gnesen-Nakel, Rogasen-Inowrazlaw-Posen-Schneidemühl-Neufettin-Golp und Belgard-Colberg (directe Zügeverbindungen durch Personenzüge in beiden Richtungen unter Anschluß an die Route Posen-Breslau), Ruhnow-Ronitz-Graudenz-Jablonowo, Thorn-Marienwerder-Marienburger (u. a. durchgehender Zug von Thorn im Anschluß an die Schnellzüge von Berlin und Posen), Guben-Allenstein (Anschluß an Schnellzug 3 der Route Berlin-Erdmannsdorf und Schnellzug 51 der Route Thorn-Insterburg), Allenstein-Robbelbude (Beschleunigung der Zügeverbindungen mit Königsberg) und Allenstein-Johannisburg. — Die Mittheilung von diesen beabsichtigten sehr erheblichen Verbesserungen des Fahrplans der Nebenbahnen wurde vom Bezirks-Eisenbahnrat mit lebhafter Befriedigung

entgegengenommen. Verschiedene Anträge wegen besserer Zügeverbindungen finden dabei ihre Erledigung. Andere Anträge wurden eingehend erörtert und fanden, soweit dies bei der Schwierigkeit der Fahrplanbildung auf einem so weit verzweigten Bahnnetz, wo eine Aenderung leicht vorhandene Verbindungen aufhebt, angänglich ist, durchweg entgegenkommende Aufnahme. — Der Antrag wegen Einführung der Sommerfahrpläne statt vom 1. Juni schon vom 1. Mai ab hat unterdessen durch den ablehnenden Beschluß der internationalen Fahrplanconferenz (siehe die gestrige Abend-Nr. der „Danz.“) vorläufig seine Erledigung gefunden. Es sollen indeß die Bemühungen, auch die jetzt noch widerstrebenden Bahnverwaltungen von Oesterreich-Ungarn, Baden, Frankreich u. s. w. für die frühzeitige Einführung des Sommerfahrplans zu gewinnen, fortgesetzt werden.

* [Zum Fischereitage in Danzig.] Auf Anregung des dänischen Fischereivereins ist auf die Tagesordnung des demnächst in Danzig stattfindenden III. deutschen Fischereitages noch nachträglich die Frage der Befestigung der Seehundplage gestellt worden. Um die größtmögliche Vertilgung der Seehund in der Ostsee durchzuführen, hat der dänische Fischereiverein sich nicht nur an den deutschen Fischereiverein, sondern auch an die ähnlichen Fischereivereine Schwedens, Finnlands und Rußlands mit dem Ersuchen gewendet, diesem Gegenstand ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden.

* [Neuer Schulbau.] Mit den Fundamentierungsarbeiten für das neue Volksschulgebäude in der Baumgartischen Gasse soll nunmehr schleunigt vorgegangen werden, nachdem das Bauproject im wesentlichen fertig gestellt ist. Nach demselben wird dieser Schulbau nach dem Muster der Röhmschule hergestellt, mit einem Schulaufsahd versehen werden und einen Kostenaufwand von 110 000 Mk. erfordern.

* [Grundstücks-Ankauf.] Zur etwaigen Mitverwendung für die Schlacht- und Viehhofs-Anlage hat der Magistrat, vorbehaltlich der Zustimmung der Stadtverordneten-Versammlung, dieser Tage das Schiffbau-meister Großhies Grundstück am Kielgraben für 54 000 Mk. angekauft.

-a- [Geebte Westerpforte.] Gestern Nachmittag gab im Verein mit der Kapelle des 128. Infanterie-Regiments Herr Pfister-Virtuose Törpe sein erstes Concert. Der Künstler, der mehrere Jahre in der berühmten Bielefelder Kapelle thätig gewesen ist, hatte als erstes Stück, um seine technischen Fertigkeiten zu erweisen, eine von ihm selbst componirte „Fantasie virtuos“ gewählt. Es gelangen ihm nicht nur die anstrengenden Staccatos ganz ausgezeichnet, sondern auch die weichen Pianofortes und die schwierigsten Triller wurden mit großer Sauberkeit und Reinheit wiedergegeben. Es klingt glaublich, daß Franz Liszt, dem Herr Törpe f. J. diese Phantasie vorgesungen hat, sich sehr anerkennend über die technische Fertigkeit des Vortragenden ausgesprochen hat. Am meisten jedoch fesselte Herr Törpe seine Zuhörer durch die Wiedergabe des Haeferschen Liedes „Dann schau ins Auge deinem Ainder“, dessen zweite Strophe in gebärdmtem Tone gebunden wurde. Die gefühlvollen, jarten Alänge, die er seinem Instrument zu entlocken wußte, rissen die zahlreichen Zuhörer zu dem lebhaftesten Beifall hin, der nicht eher ruhte, als bis Herr Törpe das Lied noch einmal gebunden hatte.

* [Schwurgericht.] Die vierte diesjährige Schwurgerichtsperiode ist gestern bereits geschlossen worden. Als letzte Angelegenheit wurde in der gestrigen Sitzung unter Ausschluß der Öffentlichkeit ein Verbrechen gegen die Sittlichkeit verhandelt, dessen der Müllerergesse Karl Rudolf Jüng aus Smalin (Kr. Neustadt) beschuldigt war. Jüng wurde freigesprochen. Die Schworen haben diesmal leichten Dienst gehabt, denn nur vier Angelegenheiten an ebenso viel Sitzungstagen lagen ihnen vor und auch diese waren meistens nur von geringem Umfange. Eine gleich kurze und leichte Schwurgerichtsperiode steht so weit unsere Erinnerung reicht, in den hiesigen Strafprozessualen seit einem Vierteljahrhundert nicht vor.

* [Betrug.] Gestern Abend wurde der Barbier George R. aus Posen in der Plappergasse verhaftet. Derselbe warb hier, ohne einen Auftrag dazu zu haben, Mädchen angeblich zur Arbeit für die Zuckerfabrik in Neufahrwasser an und ließ sich dafür 50 Pf. bezahlen. Acht solcher Fälle konnten bereits dem R. nachgewiesen werden.

[Polizeibericht vom 27. Juni.] Verhaftet: 1 Scheren-schleifer, 1 Arbeiter wegen Erpressung, 2 Dinen, ein Betrunkener, 2 Dbbachlohe. — Gestohlen: 1 Portemonnaie, enthaltend einen Ring, eine Briefmarke, 2 Schlüssel, 40 Pf.; 2 Körbe, 2 Flaschen Wein, drei Flaschen Bier, 7 Gläser mit Blaubeeren, Schmalz, 1 Teintopf, 6 Eier, 1/2 Pfd. Butter. — Gefunden: in der Nadeau mehrere Papiere, darunter ein Referat-Paß auf den Namen Beutler, abgehoben von der Polizei-Direction; in der Broddhängegasse 1 Schlange, abgehoben vom Buchhalter J. Such, Broddhängegasse 40. — Verloren: 2 silberne Quasten von einer Damenbrille, ein goldener Trauring, gez. E. P. 25. 9. 79, abgehoben auf der Polizei-Direction.

* Aus dem Danziger Merker, 26. Juni. Gestern Nachmittag hielt der Missions-Director Dr. Wagemann aus Berlin in der festlich geschmückten Kirche in Trutenau eine Missionsandacht. Der Festredner, ein alter Herr mit weißem Haar, hat oft in fremden Welttheilen gewirkt. Nachdem Herr Pfarrer Dr. Rindfleisch den Jahresbericht abgelesen und der stimmbegabte Herr Prediger Collin-Danzig die Collecte gehalten hatte, wurde eine Sammlung zum Besten der Missionsgesellschaft abgehalten, welche einen Erlös von 29 Mk. ergab. Die Kirchspiels-Lehrer trugen mit den Schülern mehrere Chorgesänge vor.

* Der Gerichts-Assessor Dr. Grawitz zu Elbing ist in den Verwaltungsdienst übergetreten und an die hgl. Regierung zu Gumbinnen versetzt und der bei der Eisenbahnverwaltung beschäftigte Regierungs-Baumeister Jacob von Thiergart nach Elbing versetzt worden.

Ronitz, 26. Juni. Einen gewaltsamen Tod erlitt vorgestern der Hülfsjunge Reicha in Kegnab. Derselbe hatte im Auftrage seines Dienstherrn zwei Pferde zur Weide auf das Feld geführt. Um beide zusammen zu koppeln, hatte er den Strick von der einen Seite der Bequemlichkeit halber um den Hals geschlungen. Das daran befestigte Pferd zog, sich abwendend, an und erwürgte den Jungen auf der Stelle.

Ebbau, 25. Juni. Das vor einiger Zeit unter Sequestation gestellte 1400 Morgen große Gut Aullig gelangte vorgestern auf dem Amtsgut zu Neumark zum gerichtlichen Verkauf; und am folgenden Tage wurden auch die dazu gehörigen Vorwerke Mulha, Kellere und Corhen auf dem Amtsgut zu Ebbau versteigert. Das Hauptgut Aullig wurde für 150 000 Mk. von dem Directorium des Potsdamer Waisenhauses erstanden. Vorwerk Mulha, etwa 800 Morgen groß, wurde von der Sparkasse des Kreises für 129 000 Mk., Kellere und Corhen, jedes mit 1200 Morgen, von der General-Landschafts-Direction in Marienwerder erstanden. (Gef.)

Thorn, 26. Juni. Nächsten Sonnabend trifft der Armeebischof Dr. Aßmann hier ein, um am 29. d. M., am Peter-Paulstage, die Firmung der Militär-Personen vorzunehmen. Zu festlichem Empfange werden bereits umfassende Vorbereitungen getroffen. — In der in der nächsten Woche am hiesigen Landgericht beginnenden Schwurgerichtsperiode kommt auch am 2. Juli ein Mordprozeß gegen die Arbeiterfrau Adam zur Verhandlung, welche im vorigen Sommer ihr 3jähriges Kind von der Eisenbahnbrücke in die Weichsel warf. Der Ehemann derselben ist der Anstiftung zum Mord angeklagt.

Insterburg, 26. Juni. Dem Generalsecretär des landwirthschaftlichen Centralvereins für Ostpreußen und Masurien Herrn Schödel zu Insterburg, dessen Initiative die nunmehr geschlossene erste allgemeine Pferde-Ausstellung in Berlin zu veranlassen war, ist der Auftrag geworden, dem Landwirtschaftsminister einen Generalbericht über die Ausstellung zu erstatten.

Zeit, 25. Juni. Folgendes Brech-Curiosum wird der „A. S. 3.“ von hier berichtet: Bei einem heute von dem Schiedsmann C. gemachten Gültenerfuch zwischen dem durch zwei Artikel des „Volksfreund“ beleidigten Buchdruckereibesitzer Herrn C. M. und dem verantwortlichen Redacteur, Major A. D. Offener stellte sich die wohl noch nicht dagewesene Thatsache heraus, daß der Redacteur nicht nur keine Kenntniß von den beleidigenden Artikeln hatte, sondern auch auf Ehrenwort versicherte, daß er das Blatt, als dessen Redacteur er zeichne, überhaupt nicht lese. Webrigens soll das betreffende Blattchen, welches 8 Jahre lang die Regierung „geföhlt“ hat, mit dem 1. Juli sein Dasein beschließen wollen. Weshalb, läßt sich ja seit dem Kaiserwechsel leicht ahnen.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 27. Juni. (Privattelegramm.) Das parlamentarische Souper bei dem Reichskanzler v. Caprivi konnte gestern Abend wegen des Regens nicht im Garten, sondern mußte im Palais stattfinden. Nach der „Arenztg.“ waren von den Freisinnigen erschienen: Richter, Meyer, Sonnhammer, außerdem Windthorst, v. Guene, Graf Ballestrem, Rintelen, Buhl, v. Bennigsen, Dechelhauser, v. Kardorff, Graf Schafeldt, v. Mantelstein und andere. Herr v. Caprivi machte selbst die Honneurs, weil keine Damen anwesend waren. Der Reichskanzler verkehrte mit den Gästen in angenehmer Weise bis gegen Mitternacht.

Nach den „Münd. N. N.“ hatten die Regierungen am 1. Juli 1890 für die Einführung des Alters- und Invalidengesetzes fest.

Frankfurt a. M., 27. Juni. (Privattelegramm.) Miguel sagte bei dem Abschied von den südlichen Behörden, er werde seine ganze Kraft einsetzen für den Versuch einer gerechteren, den heutigen socialen Verhältnissen entsprechenden Vertheilung der Staatslasten.

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Berlin, 27. Juni.

setzen für den Versuch einer gerechteren, den heutigen socialen Verhältnissen entsprechenden Vertheilung der Staatslasten.					
Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.					
Berlin, 27. Juni.					
Ers.v.26.			Ers.v.26.		
Weizen, gelb			2. Orient.-A.	72.40	72.50
Juni-Juli	207.00	204.75	4% russ. A. 80	96.70	96.90
Sept.-Okt.	181.25	179.50	Combarben	60.50	60.90
Koggen			Frankolen ..	101.50	101.90
Juni-Juli	158.20	157.00	Cred.-Actien	165.40	165.50
Sept.-Okt.	148.20	147.70	Disc.-Com.	221.40	222.50
Petroleum			Deutsche Bk.	166.70	167.20
per 200 %			Laubritthe ..	144.75	144.50
loco	23.10	23.10	Deutr. Noten	74.30	74.35
Külbb.			Russ. Noten	233.70	233.56
Juni	68.90	68.50	Warsh. Kutz	233.50	233.10
Sept.-Okt.	54.70	54.70	Londonbank	—	20.345
Spiritus			Rundbank	—	20.20
Juni-Juli	35.50	35.40	Russische 5 %		
Aug.-Sept.	35.80	35.70	GB.-B. G. v.	79.10	79.30
4% Reichs-A.	107.40	107.10	Dan. Bank	—	—
3% do.	100.40	100.50	D. Delmühle	124.00	124.00
1% Consols	106.00	106.00	do. Prior.	120.50	120.50
3/4 do.	106.70	106.70	Mann. S.-B.	111.50	110.60
7/8 weispr.			do. S.-A.	64.90	65.40
Brandb.	97.90	98.20	Dfpr. Sibb.		
do. neue	97.90	98.20	Stamm.-A.	99.00	99.70
3% ital. A.	89.30	88.30	Dan. S.-A.	99.80	99.60
4% rm. G. B.	86.50	86.50	Frk. 5 % A.-A.	90.00	90.80
5% Anat. Ob.	90.80	91.00			
Una. 4% Obr.	89.40	89.40			
Fonsbörse; feil.					

